

DDR 1949-1989

Peter Steinbach

Der „zweite deutsche Staat“ – mehr als die „Zone“

Die Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik ist entscheidend durch die Parteiherrschaft der SED geprägt worden, erschöpft sich aber nicht in ihr. Denn zunächst prägte der Wunsch nach einem Neubeginn, der ein Zeichen gegen die untergegangene NS-Diktatur setzen sollte, viele Hoffnungen der Zeitgenossen. „Demokratischer Neuanfang“ als Ausdruck eines aktiven „Antifaschismus“, das schien der Grundkonsens der meisten Menschen zu sein. Bald machte

sich aber erste Enttäuschung breit. Denn unterstützt von der sowjetischen Besatzungsmacht, errichtete die Parteiführung der SED eine Diktatur, die zwar dem Ziel dienen sollte, mit „neuen Menschen“ eine neue Gesellschaft zu schaffen; aber bald wurde deutlich, dass sich dieses Ziel auch gegen die richtete, die andere politische Vorstellungen verfolgten und an Stelle des „demokratischen Zentralismus“ die Bedeutung von Meinungsvielfalt, Kontroversen und Mehrheitsbildung betonten.

Hinzu kam die absehbare deutsche Teilung. Den Anspruch auf die deutsche Einheit gab die DDR-Führung erst nach Jahrzehnten auf, und die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen sind durch Widerstände der Bevölkerung und den Konflikt zwischen den Weltblöcken geprägt. So gilt die Geschichte der DDR als Ausdruck einer kaum zu überbrückenden Spannung zwischen „Kontinuität und Wandel“, die historische Zäsuren und Brüche erklärt. Die DDR war immer ein deutscher Teilstaat, der nicht nur auf die Bundesrepublik Deutschland, den zweiten Teilstaat, bezogen blieb, sondern dessen Bevölkerung durch die gemeinsame deutsche Geschichte geprägt war. Sichtbar wurde dies nicht zuletzt an der Wiedererrichtung von Ländern im Jahre 1990 (► Beitrag Steinbach zur BRD), vor der deutschen Einheit, fast vierzig Jahre nach der Abschaffung dieser Länder und der Bildung von Bezirken (1952), deren Grenzen nicht zum Bezugspunkt einer neuen regionalen Identität werden konnten.

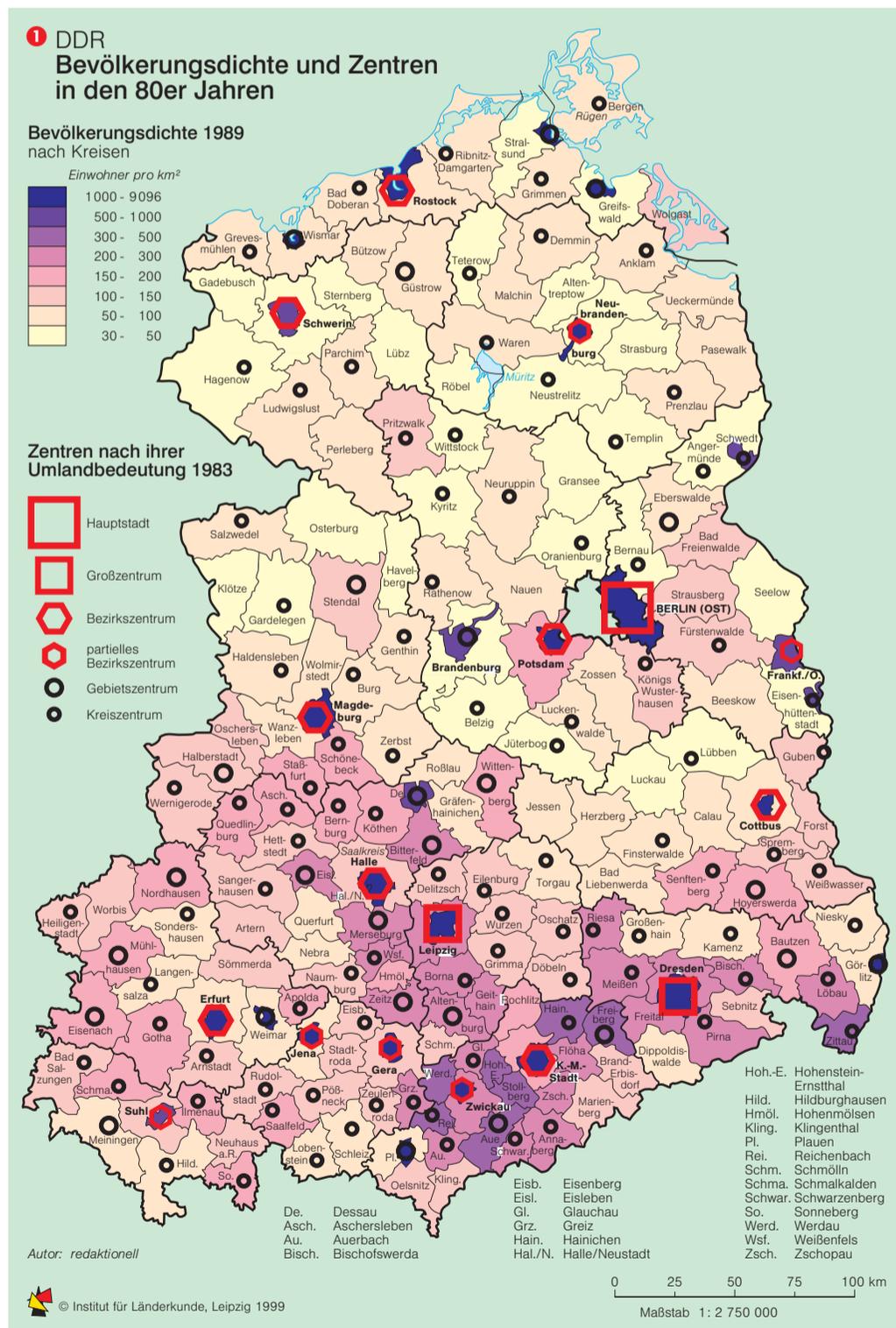
Gegründet wurde die DDR, weil die SED das Ergebnis der Landtags- und Gemeindewahlen fürchtete, die 1949 anstanden. Ein Sieg der CDU und der Liberalen galt für die Sowjetische Militäradministration als wahrscheinlich. Am 7. Oktober 1949, also Wochen nach der Gründung der westdeutschen „Bundesrepublik“, erklärte sich der Deutsche Volksrat, der im Mai 1949 aus den Einheitslistenwahlen zum 3. Volkskongress hervorgegangen war, zur Provisorischen Volkskammer und zur Verfassungsgebenden Versammlung. Er wählte zugleich

die erste Regierung der DDR. Freie Wahlen sollten ein Jahr später nachgeholt werden. In Deutschland bestanden nun zwei deutsche Teilstaaten. Die Frage nach dem Beginn der deutschen Teilung ist bis heute umstritten. Sie läßt sich nicht als Ergebnis deutscher Politik im Westen oder Osten deuten, sondern wurde entscheidend durch die beginnende Blockpolitik geprägt, die Deutschlands Teilung in den sich deutlich abzeichnenden Konflikt zwischen den beiden Weltmächten und Weltblöcken integrierte.

Zum politischen Selbstverständnis der DDR

Die erste Verfassung der DDR bekannte sich zur Unteilbarkeit Deutschlands und zu den deutschen Ländern. Entscheidender als die Verfassung war jedoch der Wille der DDR-Führung, die einen diktatorisch geführten zentralistischen Staat schaffen wollte. Kennzeichen der ersten Phase der DDR-Geschichte war der Übergang vom autoritären Besatzungsregime zur Parteidiktatur. Ansätze kultureller Freiheit und wissenschaftlicher Unabhängigkeit, die unter sowjetischer Besatzungsherrschaft noch sichtbar waren, wurden abgeschaft; die Veränderungen wurden zunehmend weniger durch den Anspruch des „Antifaschismus“ gerechtfertigt, sondern durch den Anspruch auf politische Führung der SED, der bald mit terroristischen Mitteln durchgesetzt wurde.

Die Besitzverhältnisse wurden umgestaltet. Nach der „Bodenreform“ (1945/46) und der Enteignung von Banken und Industriebetrieben setzte in den frühen Fünfzigern die Bildung von Genossenschaften in der Landwirtschaft, im Handel und im Gewerbe ein. Überdies wurden Tausende von Oppositionellen ausgeschaltet. In Schauprozessen wurde deutlich, dass die Justiz nicht mehr unabhängig war, sondern sich als Teil des Repressionssystems verstand. Die Presse wurde zensiert und gelenkt, an den Universitäten setzte man zuverlässige „Kader“ ein. Die nichtsozialistischen Parteien waren starker Repression ausgesetzt und wurden zu Blockparteien, die von



2. September 1951, Sonderausgabe zur Verkündung des 1. Fünfjahresplanes



Berliner Mauer am Potsdamer Platz, August 1961

der SED gesteuert waren. Aber auch gegen unabhängige SED-Mitglieder richtete sich der politische Druck; vor allem der „Sozialdemokratismus“ innerhalb der SED sollte ausgeschaltet werden. Dies verstärkte den Wunsch vieler Menschen, ihre Heimat zu verlassen. Die Lebensverhältnisse waren durch eine intensive Demontage von Fabriken und Verkehrswegen durch die sowjetische Besatzungsmacht bereits sehr schlecht und wurden durch eine massenhafte Flucht für die Zurückbleibenden noch schwieriger.

Erster Fünfjahresplan

Im Sommer 1950 wurde der erste Fünfjahresplan verkündet. Die SED-Führung orientierte sich an der Entwicklung in der Sowjetunion, verstärkte die Kollektivierung und Industrialisierung der Landwirtschaft sowie den Aufbau einer Grundstoffindustrie im Zuge der „sozialistischen Arbeitsteilung“ und erklärte überdies, eine Partei „neuen Typs“ schaffen zu wollen. Dies verstärkte Tendenzen des „demokratischen Zentralismus“ und schränkte alle Versuche ein, von der politischen Basis her die weitere Politik zu beeinflussen. Ständig wurde die Partei von oppositionellen und „abweichlichen Kräften“ gesäubert. Allein 1950/51 sahen sich etwa 150.000 SED-Mitglieder ausgeschlossen. Schauprozesse und Säuberungen lähmten die kritische Diskussion. So war der Boden für die angekündigten Wahlen geschaffen worden. Sie fanden als nicht einmal geheim durchgeführte Einheitslistenwahlen

statt: 98% der Wahlberechtigten wählten angeblich zu 99,7% die „Nationale Front“. Dass diese Zahlen manipuliert waren, zeigte die seit 1949 einsetzende Massenflucht in den westlichen deutschen Teilstaat. Im Laufe der Jahre verließen drei Millionen Einwohner der DDR ihren Besitz und ihre Aufgabe und flohen in den Westen Deutschlands (► Beitrag Steinbach BRD), der die DDR-Staatsbürgerschaft niemals anerkannte.

Der Generalsekretär der SED und spätere Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht verkündete im Sommer 1952 den „planmäßigen Aufbau des Sozialismus“. Sichtbar wurde dies in großen Bauvorhaben wie dem Aufbau der „Stalinallee“ in Berlin, aber auch in den „sozialistischen Städten“, die in der Nähe großer Kombinate entstanden. Mit diesem Neuaufbau ging der Zerfall der alten Städte einher. Der Zentralismus, der von Ulbricht gefördert wurde, fand seinen Ausdruck u.a. in der Auflösung der Länder Ende Juli 1952. Widerstand aus den bürgerlichen Parteien fürchtete er nicht mehr, denn sie waren längst zu Hilfseinrichtungen der SED geworden, die in ihnen ebenso wie in den eigenen Parteien und Gewerkschaftsorganisationen Transmissionsriemen ihrer Politik sah.

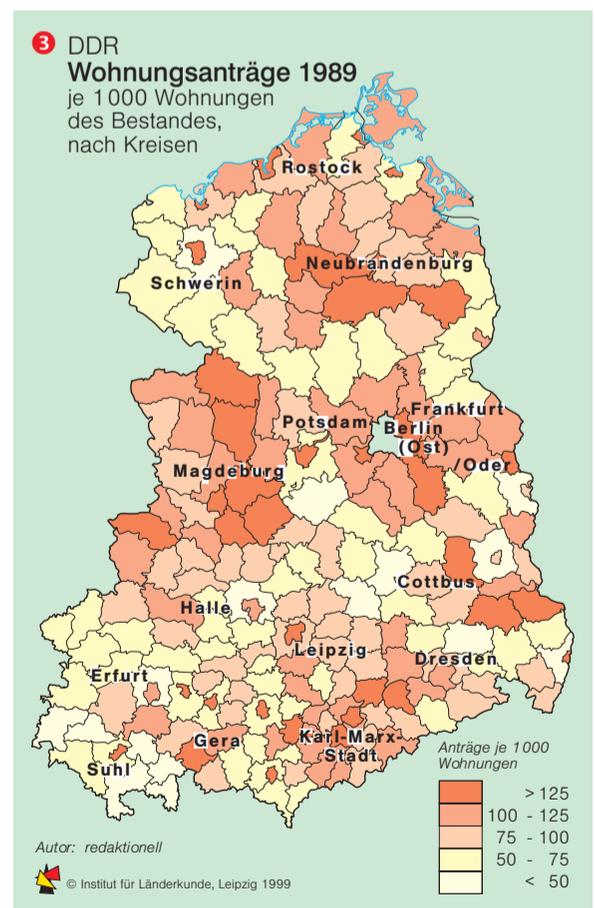
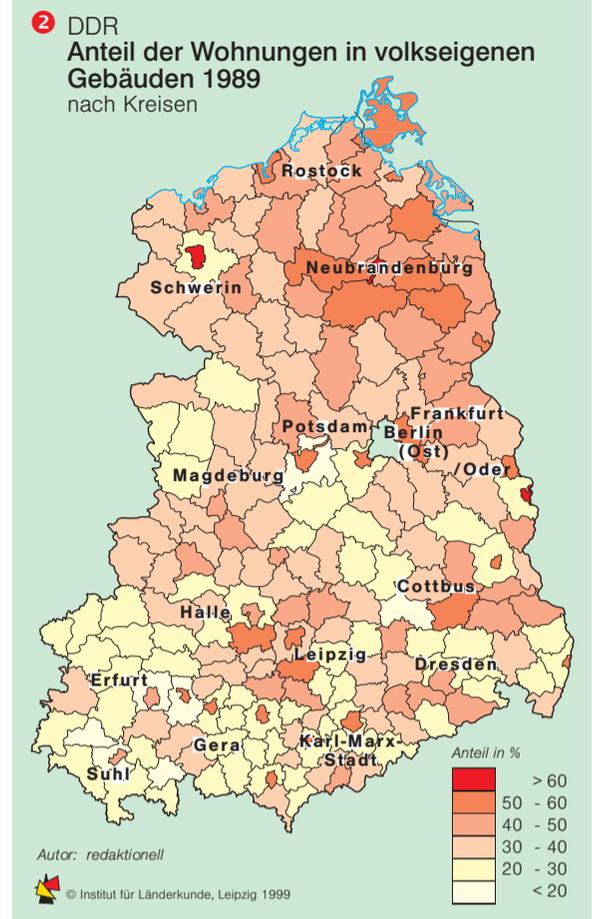
Eine Welle von Enteignungen hatte sich gegen bäuerliche und industrielle Betriebe gerichtet und insbesondere den Mittelstand enturzelt. Das neue Wirtschaftsstrafrecht bot eine oft genutzte Handhabe für Repression und Enteignung.

1950 gab es bereits über 5000 Volkseigene Betriebe (VEB) mit knapp einer Million Beschäftigten; diese Zahl verdoppelte sich innerhalb weniger Jahre. Mehr als 80% des Bruttosozialprodukts wurde 1951 in volkseigenen und genossenschaftlichen Betrieben erwirtschaftet. Vorbild des Wirtschaftssystems war die Planwirtschaft sowjetischen Typs. Sie wurde insbesondere von den Arbeitern nicht akzeptiert, um so weniger, als die Konzentration auf die Schwerindustrie zu gravierenden Versorgungsengpässen bei den Gegenständen des Alltagsbedarfs führte. Im Vergleich zur Bundesrepublik sank der Lebensstandard deutlich. Die SED-Führung unter Ulbricht wurde zunehmend skeptischer und bald sehr kritisch betrachtet.

Repression und Arbeiteraufstand im Juni 1953

In den frühen fünfziger Jahren richteten sich die Repressionen gegen Angehörige des Mittelstandes, gegen unabhängige Jugendliche und Studenten sowie gegen die Kirchen, insbesondere gegen die „Jungen Gemeinden“. Immer wieder stieg die Zahl der Flüchtlinge, die weder mit den politischen noch mit den wirtschaftlichen Verhältnissen zufrieden waren. Der Tod Stalins schien im März 1953 das Ende des Stalinismus anzudeuten; die DDR-Führung bekannte sich zu einer Politik des Neuen Kurses und deutete an, die Disziplinierung und Terrorisierung der Bevölkerung als Fehler ihrer Politik erkannt zu haben. Allerdings wurde die zuvor vorgenommene Erhöhung von Arbeitsnormen nicht korrigiert. Innerhalb weniger Wochen steigerte sich im Sommer 1953 die Unzufriedenheit zum Protest. Am 16. und 17. Juni 1953 kam es an vielen Orten zu Protestaktionen, die sich schließlich zum Arbeiteraufstand steigerten und in politische Forderungen wie „freie Wahlen“ mündeten, die das SED-Regime unter Ulbricht zu stürzen drohten. Sowjetische Panzer erstickten den Aufstand; die Regierung Ulbricht erklärte den Aufstand zum „faschistischen Putsch“ und gab zu, es habe 21 Tote auf der Seite der „Aufrehrer“ gegeben. Ulbrichts Herrschaft wurde nicht erschüttert, sondern gefestigt, denn er konnte alle Kontrahenten innerhalb der SED-Führung ausschalten.

Die schlechte Versorgung mit Konsumgütern war der Preis für die bemerkenswerte Zunahme der Industrieproduktion, die sich zwischen 1951 und 1955 verdoppelt hatte. Neue Großanlagen und ganze sozialistische Städte wie Stalinstadt (später Eisenhüttenstadt) entstanden. Im Rahmen der sozialistischen Arbeitsteilung hatte die DDR genau definierte Aufgaben zu übernehmen; zugleich wurde sie durch außen-



politische Entwicklungen und verteidigungspolitische Verpflichtungen im Rahmen des „Warschauer Paktes“ belastet. Nach dem Aufbau der Kasernierten Volkspolizei wurde im Mai 1955 auch der Aufbau der Nationalen Volksarmee beschlossen. Hinzu kamen außerordentliche Aufwendungen für das rasch wachsende Ministerium für Staatssicherheit und Grenzkontrollen. Die Repressionen hatten nach dem 17. Juni 1953 einen neuen Höhepunkt erreicht und steigerten sich nach dem Aufstand der Ungarn 1956 noch einmal. Innerparteiliche Opposition war nicht mehr möglich. Allerdings versuchte die SED-Führung, Proteste durch eine Steigerung der Konsumgüterversorgung zu schwächen.

Zweiter Fünfjahresplan und Mauerbau 1961

1958 versprach Ulbricht, die DDR werde „Westdeutschland“ innerhalb von drei Jahren wirtschaftlich überholen. Damit

zog er die Folgerungen aus dem zunächst wirkungsvoll umgesetzten zweiten Fünfjahresplan, der bereits ein Jahr vor seinem Auslaufen in völliger Entsprechung zur sowjetischen Wirtschaftspolitik durch einen Siebenjahresplan ersetzt wurde. Das proklamierte Ziel erreichte Ulbricht nicht; seit 1959 wuchs die Zahl der Flüchtlinge wieder dramatisch an und stand in eklatantem Gegensatz zu der angeblich fast hundertprozentigen Zustimmung bei den Wahlen von 1958. Die Menschen reagierten auf wirtschaftliche Versorgungsengpässe, die Unsicherheit ihrer persönlichen Zukunft, aber auch auf die politische Disziplinierung und Unterdrückung. Insbesondere die Kollektivierung von Landwirtschaft und Handwerk verstärkte die Unzufriedenheit. Bauern und Handwerker wurden unter Druck gesetzt und sogar verhaftet, wenn sie sich der Bildung von Produktionsgenossenschaften widersetzen. Der Massenflucht glaubte die DDR-Führung schließlich nur durch den Bau der Berliner Mauer am 13.08.1961 und die hermetische Abriegelung der innerdeutschen Grenze Herr werden zu können.

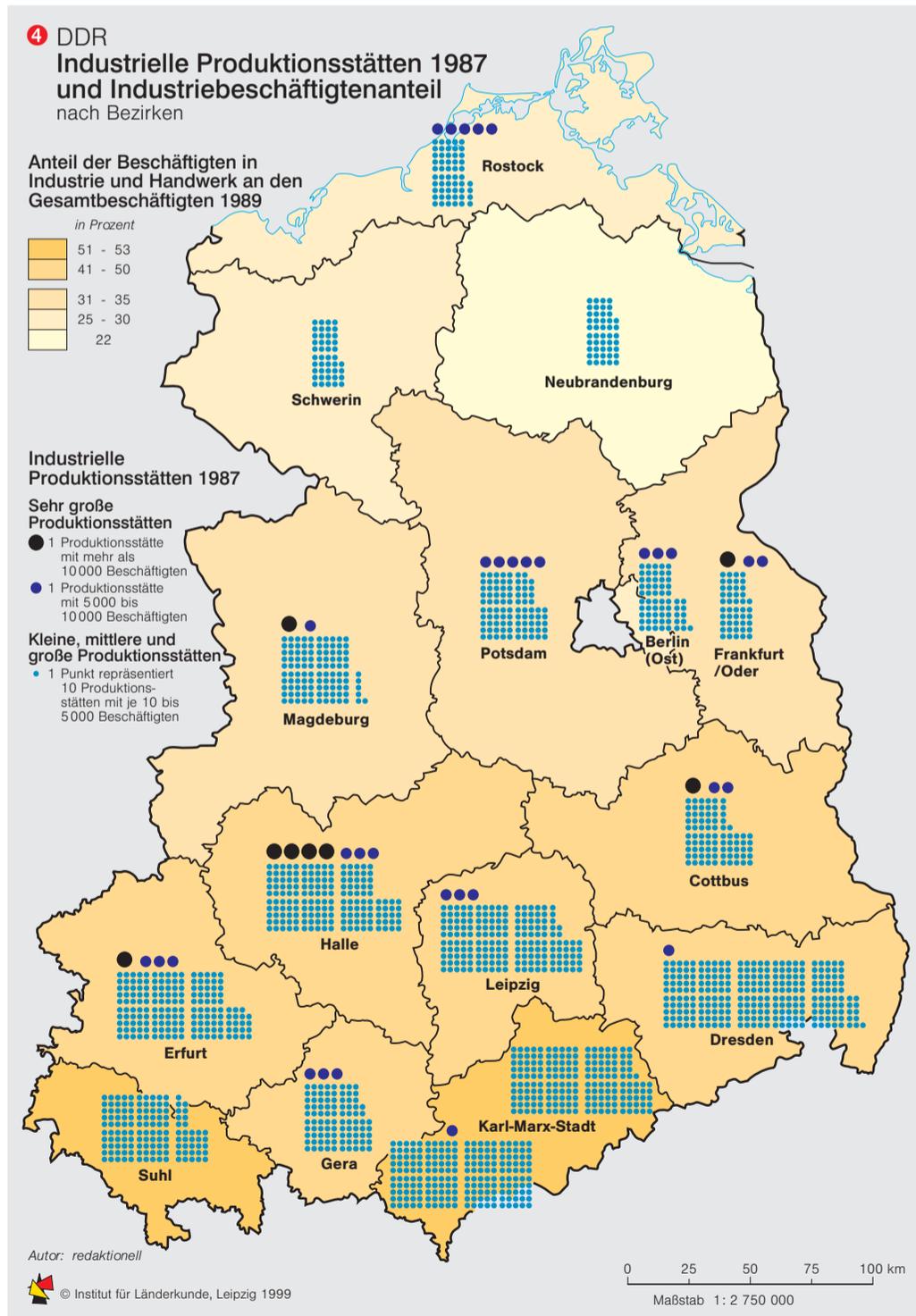
Die tiefste Zäsur in der DDR-Geschichte ist ohne Zweifel der Mauerbau gewesen. Die SED bekannte sich Anfang 1963 zur klassenlosen Gesellschaft und verstärkte ihre Appelle, mit einem „neuen Menschen“ eine neue sozialistische Gesellschaft zu schaffen. Sie beanspruchte, das ganze „gesellschaftliche Leben“ zu gestalten. Der Mauerbau schien sogar politische Spielräume zu eröffnen. Ein „Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung“ (NÖSPL) sollte die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhöhen und den Lebensstandard verbessern. Die DDR-Bürger schienen sich mit den sich allmählich bessernden wirtschaftlichen Verhältnissen arrangieren zu wollen. Sie suchten und entwickelten Nischen. Die DDR-Führung fühlte sich in den sechziger Jahren so sicher, dass sie deutschlandpolitische Initiativen ergriff. Die 1968 angenommene zweite Verfassung der DDR definierte die DDR als „sozialistischen Staat deutscher Nation“ und rückte damit von dem Einheitsversprechen der ersten Verfassung ab. Zugleich wurde der Herrschaftsanspruch der SED bekräftigt. Erschüttert wurde die DDR in politischer Hinsicht durch den Versuch, in der Tschechoslowakei 1968 einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz zu errichten. Gegen Oppositionelle, die vom „Prager Frühling“ fasziniert waren, ging die DDR-Führung hart vor. Damit wurde zugleich deutlich, dass alle wirtschaftlichen Erfolge kaum zur Stabilisierung des Systems beigetragen hatten. Die DDR konnte sich nicht gegenüber weltwirtschaftlichen und -politischen Entwicklungen isolieren. Ulbricht verkannte die Zeichen der Zeit; im Mai 1971 musste er zurücktreten.

Ära Honecker

Die durch den Generalsekretär der SED und Vorsitzenden des Staatsrates Erich Honecker geprägte Ära dauerte acht-

zehn Jahre und endete mit dem Fall der Mauer. Zunächst richteten sich große Hoffnungen auf die neue Führung. Der Sozialismus galt nicht länger als „eigenständige Gesellschaftsformation“. Statt dessen proklamierte Honecker die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Löhne und Renten wurden erhöht, mehr Wohnungen gebaut, und mit dem wachsenden Lebensstandard wurden Konsumgüter wie Autos, Fernseher und Kühlschränke zunehmend erschwinglich. Eine Änderung der Verfassung von 1974 erklärte die DDR zum „sozialistischen Staat der Arbeiter und Bauern“ und strich jeden Hinweis auf die Zugehörigkeit zur deutschen Nation. Zugleich wurden die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten entkrampfter, u.a. aufgrund von deutsch-deutschen Verhandlungen seit 1969, eines Viermächteabkommens über Berlin 1971 und des Grundlagenvertrags von 1972, wengleich die Abgrenzung der DDR gegenüber dem westdeutschen Teilstaat zunahm. Entkrampfung auf der einen, Abgrenzung auf der anderen Seite waren die Folge deutsch-deutscher Verträge, internationaler Kooperation in der UNO und des europäischen Sicherheitssystems (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, KSZE). Denn mit der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki verpflichtete sich die DDR zur Anerkennung der Menschenrechte. Dies veränderte das Selbstverständnis der Opposition und schränkte den immer wieder bekräftigten Führungsanspruch der SED ein. Insbesondere innerhalb der Kirche, der Umwelt- und Friedensbewegung, die in der DDR unabhängig von der SED entstanden waren, wuchs die Bereitschaft zum demonstrativen Protest.

Das letzte Jahrzehnt der DDR ist durch geringe Veränderungen, fast eine politische Erstarrung geprägt. Besonders deutlich wurde dies, als unter Gor-





Montagsdemonstration am 27. November 1989 in Leipzig

batschow bis dahin nicht vorstellbare Änderungen in der UdSSR eintraten. Perestroika und Glasnost (Umgestaltung und Offenheit) wurden zunehmend auch von der SED-Führung gefordert, die sich damit Reformforderungen ausgesetzt sah, die Zeichen der Zeit aber nicht verstand. Sie erhoffte einen Ausweg aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch eine Erleichterung der Ausreisemöglichkeiten, aber auch von der finanziellen Unterstützung durch den Westen – Transitspauschalen, Handelsvorteile, Freikäufe von Häftlingen und schließlich Milliardenkredite. Mit dem Verbot der russischen Zeitschrift „Sputnik“ schien man jedoch zur Repressionspolitik zurückkehren zu wollen. Allerdings hatten sich außerhalb der SED lebendige Oppositionsgruppen gebildet, die sich vor allem in den Kirchen entfalteten. Als im Mai 1989 letztmals Wahlergebnisse manipuliert wurden, machten oppositionelle Wahlbeobachter darauf aufmerksam. Die politische Führung verlor ihre Glaub-

würdigkeit. Im Sommer 1989 öffnete Ungarn, ein traditionelles Urlaubsland für die DDR-Bevölkerung, seine Grenze nach Österreich. DDR-Bürger forderten zunehmend Freizügigkeit, sie besetzten in Prag und Warschau die Botschaften der Bundesrepublik, um ihre Ausreise zu erzwingen.

Das Ende des SED-Staates

Die DDR-Führung wurde der innenpolitischen Krise nicht mehr Herr, auch wenn die Repression nicht nachließ. Bald war offensichtlich, dass nach der Feier des 40. Gründungstages der DDR die SED-Führung die Kontrolle verlieren müsste. Selbst in der Parteiführung wurde über Reformen nachgedacht. Auch der Sturz Honeckers am 18.10.1989 und die Wahl von Egon Krenz hielten das Ende der DDR nicht mehr auf. Die Ausreise der DDR-Bürger aus Ungarn am 11.9.1989 und wenig später aus Polen und Prag war der Beginn des Mauerfalls am 9.11.1989. Die Regierung unter Hans

Modrow, am 17.11.1989 gewählt, konnte das Ende der DDR nur noch verzögern. Oppositionelle Gruppen beeinflussten durch ihre Mitsprache an „Runden Tischen“ zunehmend die weitere Entwicklung. Die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit wurden gesichert, demokratische Volkskammerwahlen vorbereitet, eine parlamentarisch verantwortliche Regierung wurde gebildet und schließlich die Währungsunion mit der Bundesrepublik eingeführt. Die Zustimmung der alliierten Mächte zur deutschen Einheit besiegelte das Ende der DDR, das sich als Beitritt der Volkskammer zum Geltungsbereich des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 vollzog.

Gestritten wird seitdem über die Bedeutung der DDR für die deutsche Geschichte. Während einige Historiker in ihr nicht mehr als „sowjetische Geschichte auf deutschem Boden“ sehen wollten, hat sich dieses Bild heute gewandelt. Denn es wird deutlich, dass sich die deutsche Zeitgeschichte nur verstehen lässt, wenn sie als Teilungsgeschichte Deutschlands und als Beziehungsgeschichte beider deutscher Staaten und ihrer Gesellschaften begriffen wird. Übersehen wird dabei häufig, wie schwierig sich die politische, soziale und kulturelle Integration der deutschen Teilgesellschaften vollzieht. Viele Bürger der früheren DDR fühlen sich als Verlierer des Vereinigungsprozesses und neigen z.T. sogar rechtsextremen Parteien zu. Lebensgeschichte und Systemgeschichte müssen jeweils eigenständig betrachtet und für sich bewertet werden. Nur dann lässt sich der Vereinigungsprozess begreifen, der zwei unterschiedlich entwickelte und sich durchaus – bei aller Nähe – fremd gewordene deutsche Teilgesellschaften in einem Staat zusammengeführt hat. ♦

